

ALTERSVORSORGE

Die Zukunft der Pensionen

Reform. Das Pensionssystem steht vor dem Kollaps. Experten schlagen radikale Schnitte vor: länger arbeiten, weniger Rente. Die Opposition macht mobil, die ÖVP macht die Reform zur Koalitionsbedingung.

ine Inszenierung wie zu den besten Zeiten der blauschwarzen Koalition. Zuerst wurden die Experten vorausgeschickt, um die schlimme Nachricht zu überbringen. Knapp nach geschlagener Wahl, rechtzeitig, bevor es in den Regierungsverhandlungen wirklich zur Sache geht, lieferte die seit Jahren tagende Kommission zur Rahmenplanung des österreichischen Pensionssystems ihren Bericht zur Reform der Al-

tersvorsorge ab: ein schmerzhafter Befund, die vorgeschlagene Medizin gallenbitter.

"Das österreichische Pensionssystem explodiert uns unter der Hand", mahnt etwa Sozialforscher Bernd Marin und rechnet vor, daß allein bis 2007 der erforderliche Staatszuschuß zu den Pensionen um 57 Prozent zunehmen werde. Sozialrechtsprofessor Theodor Tomandl, Präsident der Kommission, warnt, die Zahl der im Berufsleben ste-

henden Bevölkerung nehme dramatisch ab, jene der Pensionisten noch dramatischer zu. Erhalten derzeit vier Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) einen Rentner (über 65), so werden dafür 2025 nur mehr drei Aktive zur Verfügung stehen, 2050 gar nur mehr zwei.

OFFENBARUNGSEID. "Eine weitere, diesmal große Pensionsreform ist unvermeidlich", so Tomandl. "Und zwar raschest, sonst müssen später die Schnitte noch tiefer und schmerzhafter ausfallen."

Bernhard Felderer, Chef des Instituts für Höhere Studien, schiebt weitere Zahlen nach: "Derzeit verschlingt die gesetzliche Pension – Dienstnehmer- und Dienstgeberbeitrag zusammen – fast 23 Prozent des Lohns. Rechnet man den Staatszuschuß noch hinzu, beträgt der sogenannte implizite Beitragssatz bereits 31 Prozent. Wenn nichts geschieht, sind wir 2050 bei 40 bis 45 Prozent." Dann gingen von jedem verdienten Euro eines Erwerbstätigen 45 Cent an die Pensionisten weg.

Die Kosten explodieren Wenige Privatpensionen **Europas teuerstes System** 10.5 % Deutschland 4,6 % Irland ! 7,4 % 7,9 % 9,8 % Links: Pensionsausgaben (EU) in % des Portugal Pertugal **1**6,5 % BIP. Mitte: Pensionsausgaben (Ö) in % 11,3 % des BIP. Rechts: Privatpensionsleistungen 9 % " im Verhältnis zu staatlichen Pensionen.

20. Dezember 02 38 FORMAT 52 02



Pensionsexperte Marin: "Das System explodiert uns unter der Hand. Da ist es unfair, es zu reformieren und die Leute, die jetzt schon in Pension sind, davon auszunehmen."

Die von den Experten vorgeschlagene Kur in Kurzfassung: länger arbeiten, weniger Pension. Männer und Frauen sollen möglichst erst mit 65 in Pension gehen. Gegenüber der derzeitigen Situation soll die gesetzliche Pension für jene, die in 20, 30 Jahren in den Ruhestand treten, um bis zu einem Drittel gekürzt werden.

INSZENIERUNG. Sozialdemokraten, Grüne und Gewerkschafter werfen sich bereits in die Widerstandsrüstung. SP-Chef Alfred Gusenbauer verspricht, "eine Kürzung von Pensionsansprüchen" komme nicht in Frage; sein Pensionistensprecher Karl Blecha qualifiziert die Kommissionsvorschläge schlicht als "Enteignung" ab; ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch nennt sie "realitätsfremd" und kündigt "massivsten Widerstand der Gewerkschaften" an. Pensionsreform heiße Pensionen sichern, nicht Pensionen kürzen, so der rote Gewerkschaftsboß. Und der grüne Sozialsprecher Karl Öllinger schimpft, die angeblich unabhängige Kommission arbeite nur "Schwarz-Blau in die Hände", der Bericht sei ein "Kreuzzug gegen die Frauen und ältere Menschen"

Die Experten haben die böse Nachricht überbracht, die Opposition hat das Thema in der politischen Diskussion hochgespielt, die Regierung profiliert sich als Problemlöser.

Die ÖVP nahm den über die Bande gespielten Ball sofort auf. "Wer die Analyse und die Vorschläge nicht akzeptiert, steckt den Kopf in den Sand", poltert VP-Wirtschaftsminister Martin Bartenstein. Sein inzwischen zum "parteifreien Fachminister" mutierter Kollege Karl-Heinz Grasser gibt das Tempo vor: "Die Pensionsreform muß ein Kernstück der Regierungsverhandlungen sein. "VP-Innenminister Ernst Strasser bringt das Thema gleich in die Verhandlungen ein: "Wenn wir so weitermachen, fahren wir knallhart an die Wand. Das wird der Elchtest für SPÖ und Grüne."

Schon kratzt auch die FPÖ die Kurve. Zuerst hatte Parteiobmann und Sozialminister Herbert Haupt noch davor gewarnt, "die Pensionisten dauernd zu verunsichern". Aus der Analyse der Experten hat er den kurzen Schluß gezogen: "Solange sich der Arbeitsmarkt nicht erholt, sind alle Überlegungen obsolet." Eine Reform sei nur langfristig anzulegen: "Eine Senkung der Nettoersatzrate für die Pensionen wird es irgendwann 2020 oder 2025 wohl sicher geben müssen. Aber derzeit, 2002, bin ich nicht bereit, über solche Dinge zu diskutieren." Nachdem aber Bundeskanzler Wolfgang Schüssel in den Sondierungsgesprächen klargemacht hat, daß für ihn das Thema "Pensionsreform" auf der Prioritätenliste der Regierungsverhandlungen ganz oben steht, erklärt Haupts Generalsekretär Karl Schweitzer nun plötzlich apodiktisch: "Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren. Eine grundlegende Reform muß im kommenden Koalitionspakt festgeschrieben werden." Was da die Diskussionsgrundlage ist, stellte Schüssel unmißverständlich klar: der Expertenbericht, der "wichtige Bausteine" für ein Reformkonzept liefere.

BLUT, SCHWEISS UND TRÄNEN. Das 107 Seiten starke Papier geht auch gleich richtig zur Sache:

- Derzeit erhält man nach 40 Versicherungsjahren 88 Prozent des letzten Aktiveinkommens als Nettopension (Tomandl: "Soviel wie in keinem anderen Land"). Künftig soll erst bei einem Pensionsantritt mit 65 und mit 45 Versicherungsjahren der Höchstsatz gezahlt werden, und der soll nur 80 Prozent des Letztbezugs betragen.
- Das Pensionsalter von Männern und Frauen soll möglichst rasch auf 65 angeglichen werden.
- Für die Senkung der Nettoersatzrate (Pensionsanspruch in Prozent des letzten Aktivgehalts) werden verschiedene Ansätze vorgeschlagen: Zur Berechnung soll statt wie bisher die besten 15 Jahre künftig die gesamte Lebensarbeitszeit herangezogen werden. Allein das bewirkt eine Senkung der Bruttopensionen um bis zu 30 Prozent. Die Alternative: "individuelle Pensionskonten" (Pensionsexperte Franz Kohmaier). Da werden im Umlagesystem (die gerade aktiv Beschäftigten zahlen die Renten der Pensionisten) die geleisteten Beiträge – einschließlich jener vom Staat für gesellschaftlich wichtige Tätigkeiten fiktiv auf einem Kapitalkonto angespart und verzinst. Diese fiktive Summe wird dann je nach Pensionsantrittsalter auf die verbleibende Lebenserwartung aufgeteilt und in eine monatliche Rente umgerechnet.
- Wer vor 65 in Frühpension geht, muß höhere Abschläge hinnehmen. Die Kommission schlägt statt derzeit drei künftig vier Prozent Kürzung pro Jahr vor, Marin will sechs Prozent.

Wirtschaftsforscher Felderer: "Wir können mit einer Refom nicht mehr zuwarten, sonst wird alles noch schlimmer."





Experte Kohmaier: "Individuelle Pensionskonten lösen viele Probleme."

52 02 FORMAT 39



ÖGB-Boß Verzetnitsch: "Pensionsreform heißt Pensionen sichern, nicht kürzen."

▶ ● Zur eigenständigen Alterssicherung der Frauen will die Kommission die pensionsbegründenden Zeiten für Kindererziehung verlängern und die finanzielle Anrechnung erhöhen. Weiters wird das "Pensionssplitting" bei Ehescheidung vorgeschlagen: Dabei werden die während der Ehe von Mann und Frau geleisteten Pensionsbeiträge zusammengelegt und dann die eine Hälfte der Frau, die andere dem Mann gutgeschrieben.

• Weiters soll die Zahl der Invaliditätspensionen verringert werden. Zuallererst, indem durch verbesserte betriebliche Unfall- und Gesundheitsvorsorge Invalidität generell vermieden wird. Außerdem soll vom derzeitigen Alles-odernichts-Prinzip abgegangen und auch die Leistung einer Teilpension möglich

 Die jährliche Pensionserhöhung soll nicht mehr nach der umstrittenen Nettoanpassung erfolgen, sondern es soll schlicht die Inflation abgegolten werden.

Das sind tiefe Schnitte nach dem Motto Blut, Schweiß und Tränen. Eine Grundlage für die Koalitionsverhandlungen, bei der sich dort "sehr rasch die Spreu vom Weizen trennen wird", wie Finanzminister Grasser erdig formuliert. Denn die beiden weiteren Vorgaben des Schüssel-Grasser-Kurses sind nicht minder heftig: "Das jetzt auszuverhandelnde Paket muß dieses Thema zumindest für zehn, zwanzig Jahre abhaken." Und: Es soll das Dreisäulenmodell - gesetzliche Pension, betriebliche Vorsorge (Abfertigung neu) und freiwillige private Vorsorge (möglichst steuerlich gefördert) stärken und nachhaltig sichern.

Da werden Sozialdemokraten, Grüne und Gewerkschafter mit ihrer Idee, vorab einen Optionenbericht zu erstellen, der dann breit diskutiert wird, nicht allzu weit kommen. Denn bereits im Jänner soll in den Koalitionsverhandlungen Tacheles geredet werden. Auch - und vor allem - zur Pensionsreform.